

Absender

Eingangsstempel

Landesförderinstitut  
 Mecklenburg-Vorpommern  
 Postfach 16 02 55  
 19092 Schwerin

Aktenzeichen

SOD

-

-

Nur von der Bewilligungsstelle auszufüllen!

## Antrag auf eine Zuwendung des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Schaffung von be- legungsgebundenen Mietwohnungen - Richtlinie Wohnungsbau Sozial

Antrag bitte vollständig ausfüllen!

Bei  bitte Zutreffendes ankreuzen!

**Hinweis:** Der Antrag muss alle zur Beurteilung der Notwendigkeit und Angemessenheit der Zuwendung erforderlichen Angaben enthalten. Zusätzliche Unterlagen sind auf Anforderung der Bewilligungsbehörde vorzulegen. Diese entscheidet über Förderfähigkeit, Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten für alle Geschlechter.

### 1. Antragsteller

1.1 Name des Antragstellers

1.2 Straße

1.3 Nr.

1.4 Postleitzahl

1.5 Ort

1.6 Gemeindeschlüssel (bei Kommunen)

1.7 Ansprechpartner

1.8 E-Mail

1.9 Telefon

1.10 Mobiltelefon

1.11 Telefax

1.12 Rechtsform (bei juristischen Personen, Nachweis der Rechtsform beifügen)

1.13 Handelsregisternummer (bei juristischen Personen, wenn vorhanden)

1.14 Zuständiges Finanzamt

1.15 Steuer-ID (bei Privatpersonen)

1.16 Steuernummer

1.17 Umsatzsteuer-ID (bei juristischen Personen)

1.18 Der Antragsteller ist ein/e

Privatperson  Genossenschaft

Wohnungsgesellschaft  Kommune

Sonstige \_\_\_\_\_

1.19 Ist der Antragsteller (für dieses Bauvorhaben) zum Vorsteuerabzug berechtigt?

Nein  Ja, ein Nachweis liegt diesem Antrag bei.

Hinweis: In dem Fall sind nur die anteiligen Nettoausgaben berücksichtigt

1.20 Ist der Antragsteller öffentlicher Auftraggeber im Sinne des § 99 Nr. 1, Nr. 2 oder Nr. 3 GWB (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung)?

Ja

Nein

1.21 Hat/Wird der Antragsteller von der Kommune das Baugrundstück verbilligt erhalten?

Ja

Höhe \_\_\_\_\_ EUR

Nein

1.22 Bankverbindung  
(Antragsteller und Kontoinhaber müssen identisch sein)

IBAN

D	E																		
---	---	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

BIC

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Kreditinstitut \_\_\_\_\_

## 2. Angaben zum Vorhaben

### 2.1 Allgemeines

Anzahl barrierearmer/barrierefreier Wohnungen \_\_\_\_\_  
Beantragte Zuwendung \_\_\_\_\_ EUR

### 2.2 Projektstandort (Anschrift, PLZ, Ort, Landkreis)

### 2.3 Angaben zum Grundbuch

Grundbuch                       Erbbau-/Wohnungsgrundbuch

Von (TT.MM.JJJJ) \_\_\_\_\_ Blatt \_\_\_\_\_  
Gemarkung \_\_\_\_\_ Flur \_\_\_\_\_  
Flurstück \_\_\_\_\_ Größe \_\_\_\_\_ m<sup>2</sup>

Falls Erbbaurecht

Erbbaurechtsausgeber (Name) \_\_\_\_\_  
verbleibende Laufzeit des Erbbaurechts \_\_\_\_\_ Jahre

### 2.4 Eigentümer/Erbbauberechtigter

Name, Vorname \_\_\_\_\_  
Steuer-ID (bei Privatpersonen) \_\_\_\_\_  
Anschrift \_\_\_\_\_  
PLZ, Ort \_\_\_\_\_

### 2.5 Baubeginn und Fertigstellung

Geplanter Baubeginn (TT.MM.JJJJ) \_\_\_\_\_  
Ggf. bereits durchgeführte  
Maßnahmen \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
Geplante Fertigstellung (TT.MM.JJJJ) \_\_\_\_\_

Gesamtausgaben	Geplante Gesamtausgaben (inkl. MwSt.) in EUR		
	Jahr 20__	Jahr 20__	Jahr 20__

2.6 Liegt eine Baugenehmigung vor?

Ja, vom \_\_\_\_\_  
AZ \_\_\_\_\_

Nein

2.7 Wird/Wurde eine Baugenehmigung beantragt?

Ja, am \_\_\_\_\_

Nein

2.8 Wurde das Beiblatt zur Bestätigung der Belegenheitsgemeinde bei der Kommune eingereicht?  
(Das Dokument ist abrufbar auf der Website des LFI M-V)

Ja

Nein

2.9 Schaffung von Wohnungen

Zur Förderung beantragte WE im

	Anzahl Gebäude	Anzahl Wohnungen	Wohnfläche Gesamt
a ) 1. Förderweg			
barrierearme Wohnungen			m <sup>2</sup>
barrierefreie Wohnungen			m <sup>2</sup>
b ) 2. Förderweg			
barrierearme Wohnungen			m <sup>2</sup>
barrierefreie Wohnungen			m <sup>2</sup>
Freifinanzierte Wohnungen			m <sup>2</sup>
Insgesamt			m <sup>2</sup>

Nutz-/Gewerbeflächen \_\_\_\_\_ m<sup>2</sup>

### 3. Bei Ausbau/Aufstockung/Anbau/Nutzungsänderung

Gebäudebeschreibung vor Baubeginn	
Baujahr der/des Gebäudes (Jahr)	_____
Anzahl der Geschosse	_____
Anzahl der vorhandenen Wohnungen	_____
Gesamtwohnfläche dieser Wohnungen	_____ m <sup>2</sup>
Nutzungsart bei bisher nicht zu Wohnzwecken dienenden Gebäuden	_____

### 4. Anlagen zum Antrag

Dem Antrag sind folgende aktuelle Unterlagen (soweit zutreffend) beizufügen

- Bestätigung der Belegenheitsgemeinde
- Eigentumsnachweis (Grundbuchauszug Abt. I, II, III, Kaufvertrag bzw. Nachweis zum Erwerb/ zur Übernahme eines Baugrundstückes)
- Erhebungsbogen zum wirtschaftlich Berechtigten bei juristischen Personen & Personengesellschaften
- Legitimationsprüfung gem. den Bestimmungen des Geldwäschegesetzes und Abgabenordnung (Formblatt)
- bei Privatpersonen: bei der SCHUFA eingeholte Selbstauskunft (nicht älter als 1 Jahr) und Darstellung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse gemäß Formblatt Selbstauskunft nebst Einkommensnachweisen; bei anderen Antragstellern: unterschriebene bzw. testierte Jahresabschlüsse der letzten beiden Geschäftsjahre (mit Erläuterungen) bzw. Testate des Steuerberaters/Wirtschaftsprüfers, Handels-, Genossenschafts- bzw. Vereinsregisterauszug, aktuelles Bundesbankrating
- Nachweis der Eigenleistungen
- Darlehensangebot über erforderliche Fremdfinanzierungsmittel
- aktuelle De-minimis-Erklärung/en
- Wirtschaftlichkeitsberechnung
- bei Änderung, Nutzungsänderung oder Erweiterung nach § 16 Abs. 1 Nr. 3 WoFG der Nachweis einer ausreichenden Brand- und Sturmschadenversicherung (kann auch nachgereicht werden)
- Ortsplan mit Einzeichnung der Lage des Baugrundstücks M 1:2000
- Lageplan mit Darstellung der Nachbarbebauung M 1:500
- Plan der Außenanlagen mit farblicher Darstellung der geplanten Außenanlagen M 1:250 mit Nachweis der stufenlosen Erreichbarkeit des Hauseingangs/Aufzugs von der öffentlichen Verkehrsfläche aus inklusive Angaben zu Gehwegbreite sowie Längs- und Quergefälle
- je Gebäude
  - Ansichten M 1:100
  - bemaßte Grundrisse aller Geschosse M 1:100 mit Angabe der Wohnungsnummer und des Wohnungstyps, der Wohnfläche der Wohnung und der Kategorie (BA-barrierearm; BF-barrierefrei; BF/R-rollstuhlgerecht)
  - bemaßte Gebäudeschnitte M 1:100
  - Detailauszug Grundrisse/Schnitt für den Aufzug M 1:50 mit Nachweis der Barrierefreiheit gemäß DIN 18040-2
  - Detail zum Nachweis der stufenlosen Erreichbarkeit des Freisitzes M 1:20

- je Wohnungstyp
  - Grundriss M 1: 50 mit Bemaßung der lichten Maße zwischen den Wänden mit Angabe des Wohnungstyps, der Wohnfläche der Wohnung sowie Wohnflächenangabe der einzelnen Räume und des Freisitzes (1/4!) passend zur Wohnflächenberechnung
  - Möblierungsplan der Wohnung entsprechend der vorgesehenen Wohnungsbelegung
  - zusätzlich ist für barrierefreie Wohnungen bzw. Rollstuhlwohnungen der Nachweis der Barrierefreiheit gemäß DIN 18040-2 zu erbringen (zeichnerische Darstellung der Bewegungsflächen im Bad, vor den Türen und vor den Möbeln)
- bei Nutzungsänderung zusätzlich Grundrisse, Schnitte und Ansichten des Bestandsgebäudes M 1:100 einschließlich Angabe der bisherigen Nutzung
- Wohnflächenberechnung gemäß §§ 1-4 der Wohnflächenverordnung (WoFIV) mit nachvollziehbaren Berechnungsansätzen jedes Raumes passend zu den zeichnerischen Unterlagen
- Zuordnung aller Wohnflächen/Gewerbeflächen gemäß anliegendem Formblatt -Lage und Zuordnung der Flächen
- allgemeine Baubeschreibung
- Berechnung des Bruttorauminhaltes (BRI) gemäß DIN 277, Teil 1
- Berechnung der Netto-Grundfläche (NGF) gemäß DIN 277, Teil 2
- Erklärung zur Barrierefreiheit gemäß § 50 Landesbauordnung M-V

Der Antrag kann erst bearbeitet werden, wenn alle geforderten Unterlagen vorliegen. Die Einholung weiterer Auskünfte und Unterlagen zum Zwecke der Entscheidung über den Förderantrag bleibt der Bewilligungsbehörde vorbehalten.

## 5. Erklärungen und Versicherungen

- 5.1 Der Antragsteller verpflichtet sich, bei der Planung und Ausführung des Vorhabens die Bestimmungen des Landesbauordnungsrechts, das Gebäudeenergiegesetz - GEG - vom 08.08.2020 (BGBl. IS. 1728) und die Normen des Deutschen Normenausschusses (DIN) in jeweils geltender Fassung einzuhalten.
- 5.2 Der Antragsteller verpflichtet sich, die geförderten Wohnungen für die Dauer der planmäßigen Darlehensrückzahlung seit Bezugsfertigkeit Wohnungssuchenden, die die Voraussetzungen nach § 1 Einkommensgrenzenverordnung erfüllen und einen entsprechenden Wohnberechtigungsschein nach § 27 WoFG nachweisen, als Mietwohnungen zum Gebrauch zu überlassen. Dem Wohnberechtigungsschein muss zu entnehmen sein, ob die maßgebliche Einkommensgrenze für den 1. oder 2. Förderweg eingehalten wird.
- 5.3 Der Antragsteller verpflichtet sich, für die geförderten Wohnungen für die Dauer von drei Jahren nach Bezugsfertigkeit (mittlere Bezugsfertigkeit) keine höhere Miete (Nettokaltmiete) als 6,00 EUR je m<sup>2</sup> Wohnfläche monatlich im 1. Förderweg bzw. 6,80 EUR je m<sup>2</sup> Wohnfläche monatlich im 2. Förderweg zu vereinbaren. Erstmals ab dem vierten Jahr nach Bezugsfertigkeit und dann folgend innerhalb von jeweils zwei Jahren ist eine Mieterhöhung in Höhe von 0,25 EUR je m<sup>2</sup> Wohnfläche monatlich zulässig.
- 5.4 Der Antragsteller verpflichtet sich, eine Veräußerung oder eine Zweckentfremdung der geförderten Wohnungen dem Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern (LFI M-V) rechtzeitig vorher schriftlich anzuzeigen.
- 5.5 Der Antragsteller verpflichtet sich, die sich aus der Inanspruchnahme von Fördermitteln ergebenden Verpflichtungen bei Veräußerung dem Rechtsnachfolger aufzuerlegen, und zwar in der Weise, dass dieser wiederum gehalten ist, seinen Rechtsnachfolger in gleicher Weise zu binden; bei Zweckentfremdung vor Ablauf der Zweckbindung sind die Fördermittel unverzüglich zurückzuzahlen.
- 5.6 Dem Antragsteller ist bekannt, dass vorsätzlich oder leichtfertig gemachte falsche oder unvollständige Angaben sowie das vorsätzliche oder leichtfertige Unterlassen einer Mitteilung über Änderungen in diesen Angaben die Strafverfolgung wegen Betrug (§ 263 StGB) oder Subventionsbetrug (§ 264 StGB) zur

Folge haben können.

Zu den subventionserheblichen Tatsachen gehören:

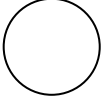
- Angaben zum Antragsteller (Ziffer 1.1 bis Ziffer 1.22)
- Rechtsform des Antragstellers (Ziffer 1.12)
- Angaben zur Steuer-ID und. Steuernummer (Ziffer 1.15-1.17)
- Angaben zur Vorsteuerabzugsberechtigung (Ziffer 1.19)
- Bankverbindung (Ziffer 1.22)
- Angaben zum Vorhaben (Ziffer 2.1 bis 2.9, 3)
- Angaben, die zur Beurteilung der Notwendigkeit und Angemessenheit der Zuwendung von Bedeutung sind,
- Angaben, die Gegenstand der dem Antrag beizufügender Unterlagen sind.

Subventionserhebliche Tatsachen sind ferner solche, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einer beantragten Zuwendung (§ 1 SubvG M-V i. V. m. § 4 SubvG).

- 5.7 Dem Antragsteller ist bekannt, dass die beantragte Förderung eine Subvention und Beihilfe darstellt. Die Voraussetzungen des Beschlusses der Kommission vom 20.12.2011 über die Anwendung von Artikel 106 Absatz 2 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von Allgemeinem wirtschaftlichen Interesse betraut sind, sind einzuhalten. Sofern die Voraussetzungen nach der Verordnung der Kommission vom 25.04.2012 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen vorliegen kommt eine Freistellung über DAWI-de-minimis in Betracht. In diesem Fall ist dem Antrag eine Erklärung (siehe Nr. 6 Buchstabe f) über bereits erhaltene bzw. beantragte De-minimis-Beihilfen beigefügt.
- 5.8 Dem Antragsteller ist bekannt, dass die Bewilligung ganz oder teilweise widerrufen bzw. zurückgenommen werden können, wenn die vorstehenden Verpflichtungen schuldhaft verletzt werden oder wenn die Mittel nicht ihrem Zweck entsprechend verwendet wurden oder die geförderten Wohnungen nicht oder nicht mehr zu Wohnzwecken genutzt werden.
- 5.9 Dem Antragsteller ist bekannt, dass die Bewilligung ganz oder teilweise widerrufen bzw. zurückgenommen werden können, wenn er höhere Förderungsmittel erhalten hat, als ihm aufgrund der entstandenen förderungsfähigen Gesamtausgaben zustehen.
- 5.10 Dem Antragsteller ist bekannt, dass durch den Widerruf bzw. die Rücknahme der Bewilligung die vorstehenden Verpflichtungen nicht berührt werden.
- 5.11 Dem Antragsteller ist bekannt, dass ein Beginn der im Antrag bezeichneten baulichen Maßnahmen vor Bewilligung, der nicht vom LFI M-V schriftlich genehmigt wurde, zur Ablehnung des Förderantrages bzw. zum Widerruf einer etwaigen Bewilligung führt.
- 5.12 Dem Antragsteller ist bekannt, dass auch bei Vorliegen aller Fördervoraussetzungen kein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Fördermitteln besteht und Bewilligungen nur im Rahmen verfügbarer Mittel erteilt werden können.
- 5.13 Der Antragsteller erklärt, dass die in diesem Antrag und in der beigefügten Wirtschaftlichkeitsberechnung sowie in den sonstigen Unterlagen gemachten Angaben richtig und vollständig sind.
- 5.14 Der Antragsteller erklärt, dass die in der Wirtschaftlichkeitsberechnung genannten Gesamtkosten ausreichend kalkuliert sind.
- 5.15 Hinweis zum Datenschutz  
Die dem Förderantrag beigefügten bzw. im Downloadbereich zum Förderprogramm zusammen mit den Antragsdokumenten zur Verfügung gestellten Datenschutzhinweise nach Art. 13, 14 und 21 der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) zum Umgang mit den personenbezogenen Daten des Antragstellers und zu seinen Rechten hat der Antragsteller zur Kenntnis genommen.

- Der Antragsteller versichert, dass er alle Angaben nach bestem Wissen und Gewissen und wahrheitsgetreu vorgenommen hat. Über jede wesentliche Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Unternehmens und der vorgenannten Angaben während des Antragsverfahrens wird der Antragsteller unaufgefordert berichten.

_____
Ort, Datum
_____
rechtsverbindliche Unterschrift/en


Stempel Antragsteller

<b>Prüfungsvermerk der Bewilligungsstelle</b>	
Geprüft	
Datum	_____
_____	_____
Unterschrift	Zuleitungs-Nr.